



Universität Stuttgart

Abschlussbericht der Arbeitsgruppe

**„Zukunftsoffensive
der Universität Stuttgart“**

Stuttgart, 10. Juni 2003

Prof. Dr.-Ing. Frank Allgöwer
Prof. Dr.-Ing. Dieter Fritsch
Prof. Dr.-Ing. Peter Göhner
Prof. Dr.-Ing. Ekkehard Ramm
Prof. Dr. phil. Horst Thomé
Prof. Dr. rer. nat. Hans-Rainer Trebin

1 Allgemeines

1.1 Ziele

Die Universität Stuttgart ist – wie alle deutschen Universitäten – der Schwierigkeit ausgesetzt, Aufgaben, die sich aus der Aktualisierung von Forschung und Lehre ergeben, mit reduzierten Ressourcen bewältigen zu müssen. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Zukunftsoffensive der Universität Stuttgart“ sollen helfen, die Qualität in Forschung und Lehre zu bewahren und eine herausragende Universität von internationaler Bedeutung zu erhalten und auszubauen. Im Sinne der Einheit von Forschung und Lehre muss dies von verstärkten Anstrengungen zur Exzellenz in der Lehre begleitet sein. Ziel ist, besonders qualifizierte Studierende aus dem In- und Ausland zu gewinnen und ihnen eine vorzügliche Ausbildung zu garantieren.

Exzellenz ist nur durch Schwerpunktbildungen bei den Stärken der Universität Stuttgart zu erreichen. Konzentration und Spezialisierung heißt auch, dass nicht mehr alle – durchaus wichtigen und wünschenswerten - Funktionen erhalten werden können, die der Universität im Laufe der Zeit zugewachsen sind. Entsprechend dem Leitbild der Universität soll die Struktur einer ‚Volluniversität‘ mit deutlichem technischem Profil und ausgeprägten Kompetenzen im Bereich der Natur- Geistes- und Sozialwissenschaften erhalten bleiben. Eine rein ingenieurwissenschaftliche Forschungs- und Lehrkultur ohne naturwissenschaftliche Grundlagenforschung und ohne geistes- und sozialwissenschaftliches Reflexionswissen würde auf Dauer die Attraktivität der Universität Stuttgart und ihre Zukunftsorientierung schwächen.

Von den Fachhochschulen und Berufsakademien grenzt sich die Universität Stuttgart dadurch ab, dass sie die Einheit von Forschung und Lehre pflegt und ihren Studierenden – bei allem Praxisbezug – eine theoriegeleitete Grundlagenausbildung bietet. Dazu gehört auch, dass sie den Studierenden der Ingenieur- und Naturwissenschaften den Kontakt zu Kulturwissenschaften auf universitärem Niveau ermöglicht.

Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist mit der Einrichtung von Bachelor- und Masterstudiengängen die Chance zu einer deutlichen Profilbildung gegeben, da diese gegenüber den traditionellen Studiengängen freiere, universitätsspezifische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften ist die Einrichtung von Bachelor- und Masterstudiengänge weit weniger vorangeschritten.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Senat die Einrichtung einer Kommission, die sich mit der Problematik von Bachelor- und Masterstudiengängen im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften vor allem hinsichtlich der Beibehaltung des Diplom auseinander setzt.

1.2 Rahmenbedingungen

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe berücksichtigen den Standort der Universität Stuttgart. Zu den regionalen Rahmenbedingungen gehören

- die Nachbaruniversitäten Hohenheim und Tübingen und die technisch orientierte Schwesteruniversität Karlsruhe. Angesichts der räumlichen Nähe dieser Institutionen sind solche Forschungs- und Lehrbereiche der Universität Stuttgart zu überprüfen, die an den genannten Universitäten auch und zum Teil mit besserer Ausstattung vertreten sind. Zugleich votiert die Arbeitsgruppe entschieden für eine verstärkte Kooperation mit den Universitäten Hohenheim und Tübingen, da durch Synergieeffekte die Effizienz gesteigert und negative Folgen der Spezialisierung ausgeglichen werden.
- die Verflechtung der Universität mit ihrem industriellem und wirtschaftlichen Umfeld. Die Berücksichtigung dieses Aspekts dient der Zusammenarbeit von Theorie und Praxis und fördert die Berufschancen der Absolventen.
- der Status der Universität Stuttgart als wichtiger kultureller Institution im Ballungsraum Stuttgart, aus dem sich die Verpflichtung ergibt, mit weiteren kulturellen Institutionen zu kooperieren und ein vielfältiges Lehrangebot zu unterbreiten.

1.3 Kriterien

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe im Auftrag des Akademischen Senats bieten eine Alternative zum Konsolidierungsprogramm, dessen flächendeckende Kürzungen Qualitätsabstriche in Forschung und Lehre erwarten lassen. Die Schwerpunktbildungen, die statt dessen vorgeschlagen werden, wurden entwickelt, indem wissenschaftliche Einrichtungen der Universität unter folgenden Kriterien diskutiert wurden:

- nationale und internationale Reputation,
- Verflechtung mit anderen wissenschaftlichen Einrichtung der Universität in Forschung und Lehre. Intensität und Umfang der fachübergreifenden Kooperation dienen zugleich als Maß dafür, wie nahe eine Einrichtung zum Gesamtprofil der Universität steht,
- Lehrerfolg und Studierendenzahlen,
- Alleinstellungsmerkmale gegenüber den Nachbaruniversitäten,
- Redundanzen in Lehre und Forschung und
- Sicherstellung von Lehre und Forschung ohne zusätzlichen Ausbau.

2 Konsequenzen

2.1 Geistes- und Sozialwissenschaften

Für eine technisch geprägte Universität verfügt die Universität Stuttgart über ein ungewöhnlich reiches Spektrum an Geistes- und Sozialwissenschaften. Vertreten sind die Disziplinen Geschichte, Maschinelle Sprachverarbeitung, Sprachwissenschaft (mit theoretischer Orientierung), Literaturwissenschaft (Germanistik, Anglistik, Amerikanistik, Romanistik), Philosophie, Kunstgeschichte, Politologie, Soziologie und Pädagogik. Entsprechend breit ist das Angebot an entsprechenden Lehramts- und Masterstudiengängen. Die Ausbildung ist, gemessen am Standard traditioneller Universitäten, durchaus erfolgreich. Zugleich stehen die Geisteswissenschaften in enger und weiter ausbaufähiger Kooperation mit weiteren kulturellen Institutionen der Region (z. B. dem Literaturarchiv in Marbach, der Musikakademie, dem Staatstheater oder der Akademie Schloß Solitude).

Gegenüber traditionellen Universitäten mit ihren weit ausdifferenzierten, aber eher starr kanonisierten Forschungs- und Lehrprogrammen zeichnen sich die Stuttgarter Geisteswissenschaften traditionell durch Beweglichkeit und, innerhalb der Geisteswissenschaften, durch fächerübergreifende Kooperationen aus. Sie waren und sind deshalb für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von hoher nationaler und internationaler Reputation attraktiv. Andererseits können nur die Sprachwissenschaften als gut ausgestattet gelten. Die übrigen Disziplinen arbeiten auf der Ebene der Professuren meist mit einer Minimalausstattung. Darunter leidet die fachspezifische Binnendifferenzierung. Zudem sind diese Disziplinen durch ihre vielfältigen Lehraufgaben überlastet. Da weiter das Umfeld benachbarter Wissenschaften fehlt (die ‚kleineren Fächer‘ philosophischer Fakultäten oder die Theologie und Jurisprudenz) ist die kritische Masse für Verbundforschungen schwer zu erreichen. In den Stuttgarter Geisteswissenschaften dominiert die personengebundene Einzelforschung auf hohem Niveau.

Die Universität Stuttgart verstand und versteht ihren geistes- und sozialwissenschaftlichen Sektor als eine Chance, die sie vergleichbaren Universitäten gegenüber auszeichnet. Auch sieht sie in der Bereitstellung von Orientierungswissen eine gesellschaftliche Aufgabe, die ihr als Universität zukommt. Die genannten Wissenschaften sollen deshalb nicht auf Service-Funktionen wie etwa Sprachunterricht oder zu ‚Bildungsfächern‘ im Sinne des Studium Generale herabgestuft werden. Es muss aber eine Profilbildung gefördert werden, die sie von den benachbarten Universitäten Tübingen und Heidelberg unterscheidet und zu interdisziplinären Forschungen (z.B. im Rahmen von SFBs, Forschergruppen, Graduiertenkollegs und Transferbereichen) befähigt. Sie sollen damit auch für kompetente Stellenbewerber/innen und für qualifizierte Studierende attraktiv bleiben. Dafür ist die Vereinigung zweier in sich spannungsvoller Zielsetzungen erforderlich:

- Orientierung am Gesamtprofil der Universität mit seinen ausgeprägten Schwerpunkten im Bereich der Ingenieur- und der Naturwissenschaften,

- Bewahrung und Förderung der Autonomie geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungen und die Orientierung an einschlägigen nationalen und internationalen Standards – beides verbietet eine allzu enge vorgängige Festlegung von Forschungs- und Lehrprogrammen.

Insgesamt wird den genannten Wissenschaften empfohlen, die bereits eingeleitete Profilbildung im Bereich „Text – Wissen – Kultur – Gesellschaft“, die sich in der Verbundenheit mit dem Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung niederschlägt, weiter voranzutreiben und entsprechende Bachelor- und Master-Studiengänge zu entwickeln.

Es sei betont, dass die Kooperation mit den Ingenieur- und Naturwissenschaften in Forschung und Lehre auch vermehrte Anstrengungen von Seiten dieser Wissenschaften erfordert. Die Universität ist gebeten, dergleichen nachhaltig zu unterstützen.

An der Universität Stuttgart gibt es rund 850 Lehramtsstudierende im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Da mindestens zwei Lehramtsfächer zu belegen sind, folgen sich rund 2000 Hauptfachäquivalente an Studierenden. Die Festlegung auf die Lehramtsstudiengänge vermindert den Planungsspielraum, da der Kanon der prüfungsrelevanten Disziplinen erhalten bleiben muss. Ferner sind bereits jetzt die Lehrkapazitäten in einigen Fächern überlastet. Bei einer weiteren unvermeidlichen Kürzung von Ressourcen ist ein verantwortbares oder gar regional konkurrenzfähige Studienangebot nicht mehr gewährleistet.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt deshalb die Streichung der Lehramtsstudiengänge Deutsch, Englisch, Französisch, Geschichte und Politik. Entsprechende Übergangsregelungen sind sicherzustellen.

Die Entlastung von den Lehramtsstudiengängen ermöglicht es, Kernkompetenzen im Sinne der schon genannten Profilbildung zu bündeln. Für Forschungsaufgaben und für eine fundierte Bachelor- und Master-Ausbildung verbleiben damit gut ausgestattete Institute. Durch die Streichung der Lehramtsstudiengänge wird das Institut für Linguistik nachhaltig entlastet. Es kann seine schon bestehende Kooperation mit der Maschinellen Sprachverarbeitung verstärken, wobei Ressourcen frei werden.

Vorgeschlagen wird die Streichung folgender Professuren: Germanistische Mediävistik (C4), Linguistik/Germanistik (C3), Landesgeschichte (C4), Geschichtliche Hilfswissenschaften (C3), sowie die Zusammenlegung der Professuren für Computerlinguistik (C4) und der Professur für Formale Logik (C4) in eine Professur (C4).

Die Landesgeschichte soll von den verbliebenen Professuren der Geschichte mitvertreten werden. Bei Neubesetzungen ist bei den Bewerberinnen und Bewerbern auf entsprechende Qualifikationen zu achten.

Die verbleibenden Professuren sollen in der Regel mit 1,5 Stellen aus dem wissenschaftlichen Dienst ausgestattet werden. In den Sprach- und Literaturwissenschaften und der Politik/Kommunikationswissenschaft kommt in der Regel eine Dauerstelle (Akademischer Rat oder Lektor) hinzu.

Da von der Streichung von Mitarbeiterstellen zunächst eben jene Zeitstellen betroffen sind, die für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und des Erhalts des Innovationspotentials der betroffenen Wissenschaft zwingend erforderlich sind, sind entsprechende Übergangsregelungen (etwa durch Überbrückungsfinanzierung von Nachwuchsstellen) notwendig.

Die Betriebswirtschaftslehre bleibt im vollen Umfang erhalten, ihre weitere Konzentration auf das technische Profil der Universität wird empfohlen.

Volkswirtschaftslehre und Recht sollen zugunsten der Universität Hohenheim aufgelöst, sofern notwendig auch nach Hohenheim verlegt werden. Im Gegenzug sollen die Kommunikationswissenschaften von der Universität Hohenheim an die Universität Stuttgart verlagert werden.

2.2 Geowissenschaften

An der Universität Stuttgart gibt es im Bereich Geowissenschaften mehrere Fachgebiete, die im engeren und weiteren Sinne klassifiziert werden können. Im Einzelnen sind dies die:

- Geographie (2 Professuren)
- Geowissenschaften im engeren Sinne mit Geologie, Mineralogie und Geophysik (6 Professuren)
- Geodäsie (6 Professuren, 1 C3-Leerstelle GFZ Potsdam)

Alle drei Bereiche arbeiten an der Schnittstelle zwischen Ingenieur-, Natur- und Sozialwissenschaften - wenngleich mit verschiedener Ausrichtung.

Die eher naturwissenschaftlich orientierten geowissenschaftlichen Institute Geologie und Paläontologie, Mineralogie und Kristallchemie sowie Geophysik zeigen gute bis sehr gute Leistungen in der Forschung.

Auch die Forschungs Kooperation mit den Natur- und Ingenieurwissenschaften insbesondere im interdisziplinären Forschungsfeld „Material- und Werkstoffwissenschaften“ ist stabil. Da die Institute sehr viel kleiner als die Nachbarinstitute an der Universität Tübingen sind, wird ein Ausbau von Seiten der Fachvertreter gefordert. Die geowissenschaftlichen Institute haben allerdings nur wenig Studierende und zeigen im Vergleich mit der Universität Tübingen ein begrenzt konkurrenzfähiges Forschungsprofil.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt aufgrund der oben skizzierten Rahmenvorgaben die Schließung der Institute für Geologie und Paläontologie, Mineralogie und Kristallchemie sowie Geophysik.

Das Lehrangebot der Geophysik und die Neuansbindung des Observatoriums in Schiltach muss jedoch durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden.

Ähnlich sieht es bei dem eher sozialwissenschaftlich orientierten Institut für Geographie aus. Das Institut wird von Gutachten in Forschung und Lehre als leistungsfähig und rege eingestuft und hat es trotz geringer Ausstattung geschafft, eine hohe Anzahl von Studierenden auszubilden und ein eigenständiges Forschungsprofil zu entwickeln.

Nach Meinung der Arbeitsgruppe und der jüngsten Lehrevaluation reicht die vorhandene Kapazität nicht aus und würde einen Ausbau erfordern. Dies gilt umso mehr, als der hohe Lehreinsatz einer ernsthaften Forschungsk Kooperation mit anderen Fachbereichen der Universitäten im Wege stand. Insbesondere die Kooperation mit den fachlich nahestehenden Planungswissenschaften und der Geodäsie ist im Forschungsbereich nicht entwickelt. Einzig die Kooperation mit den geowissenschaftlichen Nachbarinstituten ist gut. Zur Unterstützung der strukturell erwünschten Schwerpunktsetzung in der Forschung und zur Betreuung der hohen Studierendenzahl wurde in der Vergangenheit mehrfach die personelle Erweiterung der Geographie gefordert.

Mit Wegfall der geowissenschaftlichen Institute fehlt der Geographie aber ein wichtiges Standbein. Zudem lassen die Rahmenbedingungen einen Ausbau der Geographie nicht zu. Die Arbeitsgruppe kommt auch bei der Geographie nicht umhin die Schließung vorzuschlagen.

Die Situation der Geodäsie stellt sich demgegenüber anders dar. Die ingenieurwissenschaftlich orientierte Geodäsie ist gut ausgestattet und zeigt sehr gute Leistungen in der Forschung. Auch die Vernetzung mit anderen Fakultäten und Instituten ist gut bis sehr gut. In der Lehre liefert die Geodäsie den Raumbezug für viele weitere Studiengänge an der Universität Stuttgart, wie z.B. Architektur, Bauingenieurwesen oder Informatik. Der Studiengang Geodäsie und Geoinformatik ist ebenso wie der direkte Konkurrent an der Universität Karlsruhe eher schlecht ausgelastet. Die Stuttgarter Geodäsie hat jedoch mittlerweile den bundesweiten Bonus der Zugehörigkeit zur Fakultät Luft- und Raumfahrttechnik – dies sollte sich auch bei den Anfängerzahlen der Studierenden in den kommenden Jahren bemerkbar machen.

Die Arbeitsgruppe kommt aus landespolitischer Sicht zu dem Ergebnis, dass - ähnlich in anderen Bundesländern - das klassische Vermessungswesen nur noch einmal in Baden-Württemberg angeboten werden sollte. Da Stuttgart in Forschung und Lehre besser und sehr viel breiter als Karlsruhe aufgestellt ist und mehr Entwicklungsmöglichkeiten bietet, empfiehlt die Arbeitsgruppe, die Geodäsie nach Stuttgart zu holen.

2.3 Architektur und Stadtplanung, Bau- und Umweltingenieurwissenschaften

Beide Bau fakultäten sind zentrale Bereiche der Universität Stuttgart mit einer langen erfolgreichen Tradition und positiven Zukunftsperspektiven; sie gehören zum Grundkanon einer technisch orientierten Universität. Beide Fakultäten bieten das gesamte Ausbildungsspektrum ihrer Fachgebiete an, wobei allerdings gewisse Schwerpunkte erkennbar sind. Es ist anzuerkennen, dass beide Bereiche auch im internationalen Standard zu den führenden Fakultäten in Deutschland gehören.

Ihre Lehrgebiete sind naturgemäß teilweise miteinander verbunden und an Berührungszonen in geringem Maße gewollt miteinander verzahnt, so dass Redundanzen weitgehend vermieden werden. Diese nach außen leider nicht immer deutliche Differenzierung (siehe z.B. die häufige Verwendung der Begriffe Konstruktion und Entwurf) ist in einer klaren Unterscheidung der Aufgabengebiete in Lehre, Forschung und Praxis, aber auch in den unterschiedlichen Fachkulturen beider Diszipli-

nen begründet. Die traditionelle Kooperation zwischen Architekten und Bau- und Umweltingenieuren sollte beibehalten und vertieft werden.

2.3.1 Architektur und Stadtplanung

Die Arbeitsgruppe begrüßt die von der Fakultät angestrebte Reduktion der Anzahl der Studierenden pro Studienjahr auf 180, um das Betreuungsverhältnis zu verbessern und den realen Berufschancen mehr Rechnung zu tragen.

Trotz hoher Nachfrage wird ein Ausbau der Fakultät Architektur und Stadtplanung nicht empfohlen.

Die Fakultät verfügt über vier Planungsabteilungen: Grundlagen der Planung, Landschaftsplanung und Ökologie, Stadtplanung und Entwerfen, Grundlagen der Orts- und Regionalplanung. In diese Thematik ist die Professur Raumordnung und Entwicklungsplanung der Fakultät 2 mit einzubeziehen.

Die Arbeitsgruppe regt an, die Planungswissenschaften unter Wegfall einer Professur zu bündeln.

Das Lehr- und Forschungsgebiet der Bauphysik wird in den Fakultäten 1 und 2 durch je eine Professor vertreten. Es wird angeregt, das Arbeitsgebiet in Zukunft durch eine Professur zu vertreten; diese Frage steht allerdings unter dem Aspekt der weiteren Ausgestaltung der Professur für Bauphysik in der Fakultät 2 (in Kooperation mit der Fraunhofer Gesellschaft).

Auch wenn nicht zu verkennen ist, dass die hiesige Architektur-Fakultät im nationalen und internationalen Vergleich überdurchschnittliche Forschungsaktivitäten entfaltet, so ist doch festzustellen, dass diese

- sehr stark auf das Arbeitsgebiet Landschaftsplanung und Ökologie konzentriert sind (Drittmittel-Cluster) und
- insgesamt nicht das mögliche Potential ausschöpfen.

Hier wird erwartet, dass in Zukunft entsprechende Forschungsaktivitäten entwickelt werden (SFB, Forschergruppen etc.).

2.3.2 Bau- und Umweltingenieurwissenschaften

Mit ihrer zukunftsorientierten fachlichen Ausbildung und ihrer Internationalisierung durch Einbeziehung der Umweltingenieurwissenschaften entspricht die Fakultät ihrem Namen. Es ist offensichtlich, dass die Zahl der Studienanfänger im Bauingenieurwesen starken Schwankungen unterworfen ist und derzeit eine Talsohle erreicht hat. Andererseits ist festzustellen, dass die Fakultät unabhängig von diesen Entwicklungen zahlreiche neue zukunftsorientierte Lehrgebiete erschlossen hat bzw. federführend mit betreibt, die sehr erfolgreich sind (englischsprachige Master-Programme: Infrastructure Planning, WAREM, COMMAS, zum Teil WASTE; deutschsprachige Diplom-Studiengänge, Umweltschutztechnik, Immobilientechnik/-wirtschaft).

Die Fakultät hat durch die Abgabe von sieben Professuren aus dem Bauingenieurwesen in den Solidarpakt und den Innovationspool einen erheblichen Konzentrationsprozess durchgemacht.

Die Arbeitsgruppe sieht aus diesem Grund nur geringe Möglichkeiten zu einer weiteren fachlichen Reduktion und Einsparung.

So wird nach der Prioritätenliste der Fakultät ein Bedarf für eine Professur in der Bau- und Umweltinformatik anerkannt.

Andererseits wird noch ein gewisses Einsparpotential im Siedlungswasserbau, in der Wassergüte- und Abfallwirtschaft gesehen.

Auf die im vorhergehenden Abschnitt angegebenen Verflechtungen mit der Fakultät Architektur und Stadtplanung sei hier nochmals hingewiesen.

2.4 Maschinenbau, Luft- und Raumfahrttechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik sowie Informatik

2.4.1 Elektrotechnik und Informationstechnik, Luft- und Raumfahrttechnik und Maschinenbau

Die Elektrotechnik, die Luft- und Raumfahrttechnik und der Maschinenbau stellen unstrittig eine der anerkannten Stärken der Universität Stuttgart dar. Die relativ große Zahl an Professorenstellen wird als eine notwendige Voraussetzung für eine internationale Spitzenposition angesehen. Klare fachliche Doppelungen müssen jedoch vermieden werden, wobei gewisse Redundanzen in Grundlagenfächern, z.B. im Bereich der Mechanik oder Thermodynamik, wegen der hohen Lehrbelastung in der ingenieurwissenschaftlichen Grundausbildung und der vorhandenen Differenzierung in der Forschung, akzeptabel sind.

Generell wird jedoch eine kritische Überprüfung von Redundanzen in der Lehre, vor allem im Bereich der Ausbildung in der Luft- und Raumfahrttechnik und im Maschinenbau, dringend angemahnt.

Es wird ein beachtliches Potential zur Freisetzung von Ressourcen gesehen, die für neue zukunftsorientierte Gebiete und für eine lehrbelastungsabhängige Umverteilung innerhalb der betroffenen Fakultäten verwendet werden sollen. Eine zukünftig engere Abstimmung sowohl im Bereich der Lehre als auch bei den Struktur- und Entwicklungsplänen wird speziell zwischen den Fakultäten 6 (Luft- und Raumfahrttechnik und Geodäsie) und 7 (Maschinenbau) als unabdingbar angesehen.

2.4.2 Informatik

Große Teile der Stuttgarter Informatik sind noch im Aufbau und, durch das Zusammengehen mit der Elektrotechnik und Informationstechnik, in einem gewissen Übergang begriffen. Die Annäherung von Informatik und Ingenieurwissenschaften wird positiv gesehen.

Momentan kann deshalb kein direkter Handlungsbedarf, weder im Hinblick auf einen weiteren Ausbau, noch auf eine Verschlankung oder Umorientierung der Informatik, ausgemacht werden. Es wird allerdings erwartet, dass die Informatik zukünftig ihre Forschungsaktivitäten im Bereich der Drittmittel (SFB, EU, Forschergruppen) verstärkt.

2.5 Mathematik, Physik, Chemie und Biologie

Mathematik Physik, Chemie und Biologie sind national und international profilierte Bereiche der Universität. Sie besitzen in Stuttgart mit zwei physikalisch-chemisch-werkstoffwissenschaftlich ausgerichteten Max-Planck-Instituten (für Festkörper- und Metallforschung) ein leistungsfähiges wissenschaftliches Umfeld. Für die Ingenieurwissenschaften stellen sie unentbehrliche methodische Werkzeuge und innovative Ideen bereit. Mit ihrem Weltbild wirken sie in die Geisteswissenschaften, mit ihrer Naturmodellierung in die Planungs-, Sozial und Wirtschaftswissenschaften hinein.

Eine mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung ist Basis für die Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften sowie die Architektur und Stadtplanung. Die Fakultäten 3 (Chemie) und 8 (Mathematik und Physik) leisten daher von allen Fakultäten den umfangreichsten Lehreexport. Kompetente Lehre auf neuestem Stand kann nur von forschungsintensiven, eigenständigen Fakultäten erbracht werden.

Verständnis für naturwissenschaftlich-technische Entwicklungen wird der Bevölkerung vor allem über gut ausgebildete, motivierte Lehrer vermittelt.

Die Arbeitsgruppe hält es daher für erforderlich, dass die Lehrerausbildung in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie an der Universität Stuttgart mit einer gründlichen fachlichen Ausbildung, aber auch mit didaktischem Praxisbezug fortgeführt wird.

Die Mathematik hat sich nach zahlreichen Emeritierungen erneuert. Der Bereich der Angewandten Mathematik und des Wissenschaftlichen Rechnens ist allerdings weiter zu stärken und muss durch interne Strukturierungsmaßnahmen verbessert werden.

Auch die Physik hat sich durch Nachfolge- und Neuberufungen stark umgestaltet und neue Forschungsfelder eröffnet, deren Entwicklungen abgewartet und beobachtet werden sollten.

Die Chemie hat sich nach Abgaben in den Solidarpakt und Innovationspool restrukturiert und fokussiert - auf ihre Kernfächer einerseits und Verknüpfungen mit externen Instituten andererseits. Zur Steigerung der Lehreffizienz wird empfohlen, dass sie die große Zahl an Vertiefungsfächern bündelt und reduziert.

Die Biologie mit ihren Verzweigungen zur Molekularen Zellbiologie, Molekulargenetik, Gentechnik, Bioinformatik, Systembiologie etc. ist besonders zukunftssträchtig. Als Grundlagenwissenschaft hat sie für eine technisch orientierte Universität große Bedeutung.

Nach der Auflösung der Geowissenschaften bilden die Einrichtungen

- Biologisches Institut
- Institut für Industrielle Genetik
- Institut für Mikrobiologie
- Institut für Zellbiologie und Immunologie

eine Rumpffakultät.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass diese Institute mit der Chemie eine neue Fakultät gründen.

Ebenso wichtig ist eine Zusammenfassung der in Stuttgart intensiven, aber weit gestreuten Aktivitäten auf dem Gebiet Bigrundlagen- und Bioingenieurwissenschaften. Die Arbeitsgruppe empfiehlt eine Bündelung der Aktivitäten, basierend auf den bereits bestehenden Zentren und Forschungsschwerpunkten (Bioverfahrenstechnik, Biosystemtechnik/Systembiologie).

2.5 Zentrale Verwaltung und Zentrale Einrichtungen

2.5.1 Zentrale Verwaltung

Ziel der Zukunftsoffensive Universität Stuttgart im Bereich Zentrale Verwaltung ist die nachhaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit und Servicebereitschaft und auch die Vorbereitung auf zukünftige Anforderungen durch den Einsatz zeitgemäßer Informationstechnologie und die damit einhergehende Revision der Verwaltungsprozesse. Schwerpunkte liegen dabei in der Betonung der Servicefunktionen für Studierende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität sowie in der Bereitstellung von Informationen für Managemententscheidungen der Universität.

Durch die verstärkte Kundenorientierung nach innen und außen, im Sinne eines modernen und effizienten Dienstleistungsunternehmens, sollen den Bewerbern um Studienplätze optimale Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung, Bewerbung und Einschreibung geboten, den Studierenden ein effizientes Studium und damit kürzere Studienzeiten ermöglicht und den Mitarbeitern transparente, planbare, verlässliche und nachvollziehbare administrative Abläufe zur Verfügung gestellt werden. Ein wesentlicher Nutzen liegt in einem beträchtlichen Leistungsgewinn durch Qualitäts- und Effizienzsteigerung der Verwaltungsprozesse und in Einsparungen an Personal und Sachaufwendungen im Bereich des operativen Betriebes. Die Arbeitsgruppe kommt zu den folgenden Vorschlägen:

1. Einrichtung von Service-Centern und von Service-Boards

Zur Unterstützung der Kundennähe und Verbesserung der inneruniversitären Kommunikation sollen basierend auf der heutigen Linienhierarchie folgende Dienstleistungsbereiche als Matrixorganisation eingerichtet werden, in denen Mitarbeiter unterschiedlicher Dezernate und Abteilungen zusammenarbeiten.

- Service-Center für Studierende
- Service-Center Personal / Finanzen

- Service-Center Immobilien- / Raummanagement
- Service-Center Forschung

Ziel der Einrichtung dieser Service-Center ist die Vereinfachung der bisher notwendigen Verwaltungsabläufe. So sollen z.B. im Service-Center Personal/Finanzen u.a. alle Aktivitäten zusammengefasst werden, die bei der Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig sind; d.h. Klärung von juristischen, finanztechnischen und personalbezogenen Problemen, ohne dass die Institute oder Fakultäten mit vielen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern unterschiedlicher Dezernate Kontakt aufnehmen müssen. Zu jedem Service-Center gibt es einen Leiter, der als Ansprechpartner fungiert und für den reibungslosen Ablauf verantwortlich ist. Im jeweiligen Service-Board, das sich aus Kunden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Service-Centers zusammensetzt, werden Probleme, Wünsche und neue Entwicklungen diskutiert und Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

II. Aufbau eines modernen Universitätsverwaltungs-Informationssystems

Zur Unterstützung der Service-Funktionen werden aufbauend auf den bisher eingesetzten operativen DV-Systemen Informationen für die unterschiedlichen Benutzergruppen zur Verfügung gestellt.

III. Aufbau eines Qualitätsmanagement-Systems

Ausgehend von einer Identifizierung des Verbesserungspotenzials durch eine Evaluation der Verwaltung mittels einer Befragung der Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll auf Basis der geltenden Gesetze eine Revision und Optimierung der Verwaltungsprozesse durchgeführt werden.

IV. Einsparbeitrag durch die Zentrale Verwaltung

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass die Zentrale Verwaltung, wie bisher im Konsolidierungsprogramm geplant, 15% der Stellen einspart, wobei ca. ein Drittel dieser Stellen in höherwertige Stellen umgewandelt werden sollen.

Die notwendige Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgt durch die Definition von Projekten, die in Form von Investitionen realisiert werden.

2.5.2 Zentrale Einrichtungen

Die weiteren zentralen Einrichtungen der Universität Stuttgart, wie RUS, HLRS, Universitätsbibliothek, MPA, FMPA, Zentrum für Sprachausbildung, Abteilung für Internationale Angelegenheiten usw. sollen ebenfalls einen Beitrag zur Konsolidierung der Universität Stuttgart leisten.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass die weiteren zentralen Einrichtungen, wie bisher im Konsolidierungsprogramm geplant, 15% der Stellen im nicht-wissenschaftlichen Bereich und 10% der wissenschaftlichen Dauerstellen einsparen, wobei ca. ein Drittel dieser Stellen in höherwertige Stellen umgewandelt werden sollen.

3. Weitere Maßnahmen

3.1 Zulassungsbeschränkungen und Eignungsfeststellungsverfahren

Die Anzahl der Studierenden hat im Verhältnis zu den Ressourcen in vielen Bereichen eine Grenze erreicht.

Eine möglichst große Studierendenzahl wird von der Arbeitsgruppe nicht mehr als Qualitätsmerkmal der Universität angesehen.

Es sollen leistungsfähige Studierende eine optimale Ausbildung erhalten. Daher sollen sich die Fakultäten in Eignungsfeststellungs- und Auswahlverfahren die Studierenden selbst auswählen und Obergrenzen für deren Zahl setzen derart, dass sie mit ihrem Personal und ihrer Sachausstattung eine exzellente Betreuung gewährleisten können.

Die Begrenzung darf aber kein Anlass für die politisch Verantwortlichen sein, der Universität weitere Mittel zu entziehen.

3.2 Studiengebühren

Die Einführung von angemessenen Studiengebühren ist anzustreben. Sie helfen der Universität, eine Lehre auf hohem Niveau zu erhalten und vermitteln den Studierenden eine größere Wertschätzung des Studiums. Die Universitäten sollen die Gebühren in einem staatlich vorgegebenen Rahmen selbst festlegen und universitätsintern differenzieren können. Kostenstruktur und Angebote könnten sich zwischen den Universitäten im Wettbewerb entwickeln. Mit der Einführung der Studiengebühren ist ein staatliches System zur Unterstützung finanziell schwächer gestellter Studierender und – in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – ein Stipendiensystem zur Förderung Hochbegabter aufzubauen.

3.3 Zentrenbildung

Die Forschung gestaltet sich immer mehr interdisziplinär. Dieser Entwicklung muss man flexibel begegnen, indem man thematische, in der Regel zeitlich begrenzte Strukturen bildet. An der Universität Stuttgart gibt es Zentren, wie das Internationale Zentrum für Kultur- und Technikforschung, Arbeitsgemeinschaften sowie Forschungsschwerpunkte für Materialwissenschaft, Biosystemtechnik/ Systembiologie, Bioverfahrenstechnik, Luftreinhaltung, Verkehr, Wissenschaftliches Rechnen, Simulation etc., deren Aktivitäten verstärkt weitergeführt werden müssen. Erheblichen Bedarf sieht die Arbeitsgruppe auf dem Gebiet Biogrundlagen- und Bioingenieurwissenschaften wie in 2.5 angesprochen.

3.4 Werkstättenkonzepte der Fakultäten und der Zentralen Verwaltung

Die Arbeitsgruppe musste an verschiedenen Stellen feststellen, dass die Anzahl und Ausstattung der Werkstätten in den Fakultäten und der Zentralen Verwaltung Ergebnis eines sehr langen Entwicklungsprozesses ist. Die Arbeitsgruppe vermutet deshalb in diesem Bereich ein erhebliches Einsparungspotential, das allerdings schwer zu beziffern ist. Es wird daher ein bedarfsorientiertes, modernes Werkstättenkonzept speziell in den Ingenieurwissenschaften und der zentralen Verwaltung dringend angemahnt.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Senat - möglicherweise unter Einbezug externen Sachverständes - die Einrichtung einer Werkstattkommission, die die vorhandenen Werkstätten hinsichtlich des wissenschaftlichen Bedarfs, von Synergieeffekten und Outsourcing-Möglichkeiten kritisch untersuchen sollte.

3.5 Teilzeitprofessuren

Viele Professorinnen und Professoren betreiben neben ihren universitären Dienstpflichten ein öffentliches An-Institut oder ein privates Architektur-, Ingenieur- bzw. Beratungsbüro. Bei den öffentlichen An-Instituten z.B. erweist sich diese Konstellation oft als fruchtbar, da sie es vertraglich geregelt erlaubt, wechselseitig personelle und sachliche Ressourcen einzusetzen. Auch sind An-Institute dem Technologietransfer förderlich.

Die teilweise anzutreffende Tendenz, Drittmittelprojekte primär über außeruniversitäre Ingenieurbüros abzuwickeln, wird allerdings kritisch angesehen. Ferner wird häufig durch die Doppelbelastung die Wahrnehmung von Pflichten in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung erschwert. Es erscheint daher sinnvoll, in gewissen Bereichen Teilzeit-Professuren einzuführen, wie an anderen Universitäten üblich. Dies würde der Universität Personalmittel freisetzen und den Stelleninhabern mehr Spielraum bei ihrer Zweit-Tätigkeit erlauben.

3.6 Stiftungsprofessuren

Die Einrichtung von Stiftungsprofessuren an der Universität Stuttgart hat sich in den letzten Jahren bewährt. Diese Professuren haben durch ihre anwendungsorientierte Forschung zu dem guten Ruf der Universität beigetragen und vielen Studierenden eine praxisnahe Ausbildung ermöglicht. Dennoch sollte man zukünftig die Einrichtung solcher Professuren genau prüfen. In der Regel liegen die Arbeitsgebiete von Stiftungsprofessuren eher im Randbereich der Fachgebiete und weisen eine hohe Spezialisierung auf. Durch die universitätsinterne Anschlussfinanzierung der Professur und deren Ausstattung können daher etablierte und existentielle Kernbereiche der Fakultäten unter Druck geraten. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist daher die Anschlussfinanzierung ohne Rückgriff auf wichtige Institute sicherzustellen.

3.7 Zur Umwandlung von wissenschaftlichen Dauerstellen in befristete Stellen

Die Universität Stuttgart hat derzeit im wissenschaftlichen Bereich 37% Dauerstellen. Vergleichbare Universitäten kommen mit 25% wissenschaftlicher Dauerstellen aus.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt die Zahl der wissenschaftlichen Dauerstellen zugunsten von befristet besetzbaren, etatisierten wissenschaftlichen Stellen zu reduzieren, wobei in der Regel ein Anteil von 25% von wissenschaftlichen Dauerstellen als sinnvoll angesehen wird.

Dies würde auch zu einer Reduzierung der Aufnahmekapazität und damit, wie in Kapitel 3.1 angesprochen, zu einer Verbesserung der Betreuungssituation führen.

3.8 Berufungsverfahren

Berufungen stellen eine nachhaltige Strukturentscheidung einer Universität dar. In der Vergangenheit hat sich immer wieder herausgestellt, dass Berufungsverfahren an der Universität Stuttgart zu lange dauern, sowohl was die Arbeit der Berufungskommissionen als auch die Durchführung der Berufung auf Seiten der zentralen Verwaltung angeht, und auf diese Weise Erstplatzierte letztlich nicht mehr zu Verfügung stehen. Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Senat, dieses Thema weiterzuverfolgen.

4 Umsetzung und Konsolidierungsprogramm

Die derzeitig durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen haben viele Institute an den Rand des Leistbaren gebracht. Die Aufrechterhaltung der hohen Qualität in Forschung und Lehre ist durch die Kürzungen im Personalbereich nicht mehr gesichert. Die Streichung jeder zweiten freiwerdenden Dauerstelle in den nächsten fünf Jahren hinterlässt insbesondere in der exzellenten Forschung irreparable Schäden. Auch die 25%ige Kürzung der Hilfskraft-Mittel führt zu untragbaren Überlastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die studentischen Hilfskräfte sind eine wichtige Stütze in der Forschung und Lehre dar.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher die freiwerdenden Ressourcen zu nutzen um die drohenden Stellenstreichungen abzuwenden und die Kürzung bei den Hilfskraftmitteln zurückzufahren.

Die Kürzung der Haushaltsmittel um 10% belasten die Institute erheblich. Dennoch können diese über einen kürzeren Zeitraum aufrecht erhalten werden, ohne dass irreparable Schäden entstünden oder die Erfüllung der Aufgaben in Forschung und Lehre nicht möglich wäre. Daher sollte die Haushaltskürzungen erst nach den Personalkürzungen aufgehoben werden.

Eine Erhöhung der Drittmittelabgabe auf 5% belastet die drittmittelstarken ingenieurwissenschaftlichen Institute überproportional. Eine solche Erhöhung wird jedoch angesichts der finanziellen Zwänge, trotz aller vorhandenen Bedenken, als unabwendbar angesehen. Diese Konsolidierungsmaßnahme ist daher als letztes aufzuheben. Allerdings besteht kein Zweifel, dass diese Maßnahme mit einer besseren Serviceleistung der Verwaltung einher gehen muss.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Bisherige Sparprogramme, wie der Solidarpakt oder das Konsolidierungsprogramm, bestanden in mehr oder weniger flächendeckenden, gleichmäßigen Reduzierungen. Damit ist eine für viele Bereiche untragbare Grenze erreicht. Die Arbeitsgruppe beschreitet mit ihren Vorschlägen neue Wege. Staatlichen Kürzungen wird nicht durch gleichbleibende Ausbildungsmenge auf gesunkenem Niveau begegnet. Vielmehr wird das Lehrangebot beschnitten, um mit der Entlastung Lehr- und Forschungsprofile zu schärfen. Der Forschungskanon der Universität wird zurückgefahren. Mit den freiwerdenden Mitteln werden andere Disziplinen von Abgaben befreit und gestärkt. Wenn andere Universitäten und Ausbildungsstätten in Baden-Württemberg koordiniert diesem Beispiel folgen, kann für Forschung und Lehre gleichzeitig Breite in der Region und Tiefe bei der Einzelinstitution erhalten werden.

Mit den in diesem Bereich gemachten Vorschlägen kann die Universität Stuttgart ihr Profil schärfen, das unverwechselbar durch Technik, Naturwissenschaft, Sozial- und Kulturwissenschaften geprägt ist. Dabei sind auch regionale und landespolitische Aspekte berücksichtigt. Wichtig ist, dass ein derartiges Programm von der Landesregierung gestützt wird. Wichtig ist aber auch festzustellen, dass solche Spezialisierungen und Umstrukturierungen nicht beliebig weit getrieben werden können und von Zeit zu Zeit überprüft werden müssen.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Zukunftsoffensive der Universität Stuttgart“ sollen helfen, die Qualität in Forschung und Lehre aufrecht zu erhalten und eine exzellente Universität von internationaler Bedeutung weiter auszubauen.

Der Bericht ist als Einheit anzusehen. Ein Herausbrechen einzelner Teilaspekte würde den Grundgedanken und die anderen Empfehlungen unterminieren.

Im Folgenden werden die Vorschläge der Kommission nochmals enumerativ zusammengefasst:

- 1.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Senat die Einrichtung einer Kommission, die sich mit der Problematik von Bachelor- und Masterstudiengängen im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften vor allem hinsichtlich der Beibehaltung des Diplom auseinander setzt.
- 2.) Insgesamt wird den Geisteswissenschaften, die bereits eingeleitete Profilbildung im Bereich „Text – Wissen – Kultur – Gesellschaft“, die sich in der Verbundenheit mit dem Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung niederschlägt, weiter voranzutreiben und entsprechende Bachelor- und Master-Studiengänge zu entwickeln.
- 3.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt deshalb die Streichung der Lehramtsstudiengänge Deutsch, Englisch, Französisch, Geschichte und Politik. Entsprechende Übergangsregelungen sind sicherzustellen.
- 4.) Vorgeschlagen wird die Streichung folgender Professuren: Germanistische Mediävistik (C4), Linguistik/Germanistik (C3), Landesgeschichte (C4), Geschichtliche Hilfswissenschaften (C3), sowie die Zusammenlegung der Professuren für Computerlinguistik (C4) und der Professur für Formale Logik (C4) in eine Professur (C4).

- 5.) Volkswirtschaftslehre und Recht sollen zugunsten der Universität Hohenheim aufgelöst, sofern notwendig auch nach Hohenheim verlegt werden. Im Gegenzug sollen die Kommunikationswissenschaften von der Universität Hohenheim an die Universität Stuttgart verlagert werden.
- 6.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt aufgrund der skizzierten Rahmenvorgaben die Schließung der Institute für Geologie und Paläontologie, Mineralogie und Kristallchemie sowie Geophysik.
- 7.) Mit Wegfall der geowissenschaftlichen Institute fehlt der Geographie aber ein wichtiges Standbein. Zudem lassen die Rahmenbedingungen einen Ausbau der Geographie nicht zu. Die Arbeitsgruppe kommt auch bei der Geographie nicht umhin die Schließung vorzuschlagen.
- 8.) Die Arbeitsgruppe kommt aus landespolitischer Sicht zu dem Ergebnis, dass – ähnlich wie in anderen Bundesländern - das klassische Vermessungswesen nur noch einmal in Baden-Württemberg angeboten werden sollte. Da Stuttgart in Forschung und Lehre besser und sehr viel breiter als Karlsruhe aufgestellt ist und mehr Entwicklungsmöglichkeiten bietet, empfiehlt die Arbeitsgruppe, die Geodäsie nach Stuttgart zu holen.
- 9.) Trotz hoher Nachfrage wird ein Ausbau der Fakultät Architektur und Stadtplanung nicht empfohlen. Es wird erwartet, dass in Zukunft entsprechende Forschungsaktivitäten entwickelt werden (SFB, Forschergruppen etc.).
- 10.) Die Arbeitsgruppe regt an, die Planungswissenschaften unter Wegfall einer Professur zu bündeln.
- 11.) Die Arbeitsgruppe sieht in der Fakultät Bau- und Umweltingenieurwissenschaften nur geringe Möglichkeiten zu einer weiteren fachlichen Reduktion und Einsparung. Andererseits wird noch ein gewisses Einsparpotential im Siedlungswasserbau, in der Wassergüte- und Abfallwirtschaft gesehen.
- 12.) Generell wird jedoch eine kritische Überprüfung von Redundanzen in der Lehre, vor allem im Bereich der Ausbildung in der Luft- und Raumfahrttechnik und im Maschinenbau, dringend angemahnt.
- 13.) Momentan kann deshalb in der Informatik kein direkter Handlungsbedarf, weder im Hinblick auf einen weiteren Ausbau, noch auf eine Verschlankung oder Umorientierung der Informatik, ausgemacht werden. Es wird allerdings erwartet, dass die Informatik zukünftig ihre Forschungsaktivitäten im Bereich der Drittmittel (SFB, EU, Forschergruppen) verstärkt.
- 14.) Die Arbeitsgruppe hält es daher für erforderlich, dass die Lehrerausbildung in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie an der Universität Stuttgart mit einer gründlichen fachlichen Ausbildung, aber auch mit didaktischem Praxisbezug fortgeführt wird.
- 15.) Die Mathematik hat sich nach zahlreichen Emeritierungen erneuert. Der Bereich der Angewandten Mathematik und des Wissenschaftlichen Rechnens ist allerdings weiter zu stärken und muss durch interne Strukturierungsmaßnahmen verbessert werden.

- 16.) Auch die Physik hat sich durch Nachfolge- und Neuberufungen stark umgestaltet und neue Forschungsfelder eröffnet, deren Entwicklungen abgewartet und beobachtet werden sollten.
- 17.) Die Chemie hat sich nach Abgaben in den Solidarpakt und Innovationspool restrukturiert und fokussiert - auf ihre Kernfächer einerseits und Verknüpfungen mit externen Instituten andererseits. Zur Steigerung der Lehreffizienz wird empfohlen, dass sie die große Zahl an Vertiefungsfächern bündelt und reduziert.
- 18.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass die biowissenschaftlichen Institute mit der Chemie eine neue Fakultät gründen.
- 19.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass die Zentrale Verwaltung, wie bisher im Konsolidierungsprogramm geplant, 15% der Stellen einspart, wobei ca. ein Drittel dieser Stellen in höherwertige Stellen umgewandelt werden sollen.
- 20.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt, dass die weiteren zentralen Einrichtungen, wie bisher im Konsolidierungsprogramm geplant, 15% der Stellen im nicht-wissenschaftlichen Bereich und 10% der wissenschaftlichen Dauerstellen einsparen, wobei ca. ein Drittel dieser Stellen in höherwertige Stellen umgewandelt werden sollen.
- 21.) Eine möglichst große Studierendenzahl wird von der Arbeitsgruppe nicht mehr als Qualitätsmerkmal der Universität angesehen. Die Begrenzung darf aber kein Anlass für die politisch Verantwortlichen sein, der Universität weitere Mittel zu entziehen.
- 22.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt dem Senat - möglicherweise unter Einbezug externen Sachverständes - die Einrichtung einer Werkstattkommission, die die vorhandenen Werkstätten hinsichtlich des wissenschaftlichen Bedarfs, von Synergieeffekten und Outsourcing-Möglichkeiten kritisch untersuchen sollte.
- 23.) Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher die freiwerdenden Ressourcen zu nutzen um die drohenden Stellenstreichungen abzuwenden und die Kürzung bei den Hilfskraftmitteln zurückzufahren.